

Deutsche Rundschau

früher Ost

Rundschau

in Polen

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In
Bei Postbezug ohne Be-
1,50 Mk. — Bei höherer
Bezieher keinen Anspruch

Bei Haus vierteljährlich 63 Mark, monatlich 21 Mark.
vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. —
jährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — **Einzelnummer**
Abkürzung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der
ung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —
ruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: 3 Mk. für die 38 mm breite Kolonnenzeile, 1,50 Mk. nur für private Stellen.
Gesuche, 10 Mk. für die 89 mm breite Kolonnenzeile. — Bei bindenden
Nachrichtigen: Anzeigenzeile 3,50 Mk., Kolonnenzeile 12 Mk. — Für Aufträge aus dem
Auslande deutsche Mark. — Offerten- und Ankündigungsgebühr 2 Mk. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postfach-Konto Stettin 1847.

Nr. 9.

Bromberg, Donnerstag den 13. Januar 1921.

45. Jahrg.

Vom G. h.

Es ist ein schwacher Trost, sagen zu können: wir sind nicht schuld an dem Lauf der Dinge, auf den wir keinen Einfluß hatten. Es ist für uns Deutsche aber auch noch mehr als niederdrückend, der abwärts führenden Entwicklung zusehen zu müssen, ohne auch nur eine Hand rühren zu dürfen. Die Kreise, die dafür verantwortlich zu machen sind, das sowohl Kapital wie alleingearbeitete deutsche Beamte, Kluge Techniker, Industrielle, Handwerker, Verwaltungsjuristen und Anwälte dem Lande den Rücken kehren mußten und den Hiebseisenden die Arbeitslust genommen wurde, sie stehen heute am Pranger. Das Volk, und zwar beider Nationalität, verflucht sie und weist mit dem Finger auf sie hin. Wir werden uns darauf beschränken müssen, getreu den Traditionen einer deutschen Tageszeitung, leidenschaftslos die öffentliche Meinung zu Wort kommen zu lassen. Dabei wollen aber auch wir betonen, daß jeder Deutsche für einen vernünftigen Bürgersinn stets zu haben sein wird, nur muß ein für alle mal jede parteiliche Rechenschaft von vornherein ausgeschlossen werden. Und nur völlig gleichberechtigte, also im Vollbesitz ihrer Bürgerrechte befindliche Männer, werden sich daran beteiligen können. Doch hören wir erst, was von polnischer Seite über die gegenwärtigen wenig schönen Zustände kirlich geschrieben wurde. Im „D. Bnd.“ heißt es darüber:

„Die Trümmereien einer gewissen Sorte von Menschen (Abg. Traczinski und die Nationale Arbeiterpartei) sind zur Wirklichkeit geworden, die Scheidewand, die bis vor kurzem das preussische Gebiet von dem übrigen Polen trennte, ist in bezug auf unser Wirtschaftsleben entfernt worden. Jetzt kann man schon ohne jegliches Hindernis aus unserem Gebiete ausführen, was da ist, und diese Gelegenheit machen sich vor allem die Juden aus Kongresspolen und Galizien zunutze. Es fehlt aber auch nicht an Christen, die aus dem Schleichhandel und Schieberum Nutzen ziehen. Wie heimlich werden überfüllte Güterzüge abgeholt, und wer es kennen lernen will, welchen Umfang die Arbeit dieser Blutegele eingekommen hat, der möge einen Spaziergang auf den Bahnhof machen, kurz vor Abfahrt des Warschauer Zuges. Riesige Körbe, die von mehreren Menschen geschleppt werden, mächtige Koffer, gefüllte Säcke und Reisegepäck verschiedener Art sind die Beute aus unserem Gebiet. Wohin das alles geht, wer kann dies wohl erraten... So manches mag den Bolschewisten selbst argute kommen.“

Dasselbe Bild tritt in Erscheinung, das wir vor einem Jahre nach der Besetzung unseres Gebiets durch die polnischen Truppen beobachten konnten. Die großen Warenvorräte, die bei unseren Kaufleuten angehäuft lagen, waren innerhalb weniger Wochen verschwunden. Später konnte man dieselben Waren aus Warschau beziehen, allerdings zu bedeutend höheren Preisen. Jetzt verschwindet ebenfalls alles mit einer überraschenden Schnelligkeit und dies wird auch durch den Handel begünstigt, der für verschiedene Artikel freigegeben ist. Es verschwindet die Butter, der Fleischvorrat verringert sich, Eier gibt es in der Stadt überhaupt nicht, die überreste von Zucker wurden in den Taschen der Warschauer Schieber gefunden und mit anderen Waren acht es nicht besser. In demselben Maße, wie diese Artikel verschwinden, steigen deren Preise. Heute kostet nicht niemand mehr die Schamröte ins Gesicht, wenn er für ein Pfund Butter 100 Mark fordert, für ein Pfund Schweinefleisch (Lebensgewicht) 80 Mark und für ein Ei 8 Mark, und diese unverhältnismäßigen Preise steigen noch mit jedem Tage, da die Schleichhändler alles aufkaufen, ohne nach dem Preise zu fragen. Niemand soll es daher wundernehmen, wenn nach zwei Wochen das Pfund Fleisch 120 Mk. oder noch mehr kosten wird. Es wäre eine natürliche Erscheinung, um so mehr, als die Schleichhändler von unseren Behörden nichts zu befürchten haben, im Gegenteil, sie rühmen sich sogar, daß man ihnen auf der Eisenbahn gegen eine entsprechende Menge „Kosciuszko“ beihilft ist. Unserer hiesigen Obrigkeit können wir einen Vorwurf nicht machen, da sie machtlos ist und Warschau gehören muß. Doch unsere Bürgerschaft darf nicht länger stillschweigend den Orgeln der Schleichhändler gegenüberstehen, die, falls sie weiterhin strafflos bleiben, unsere Gebiete vollständig ausrauben werden. Ja, sogar den treuesten Angehörigen der Nationalen Arbeiterpartei wird die Umstellung verweigert und statt der geistigen Verwirklichung der einzelnen Gebiete werden sie den energischsten Gegenstand gegen die anderen Teilgebiete hervorrufen. Wir wissen, daß in Kongresspolen und Galizien, zum Teil ohne Schuld der dortigen Bevölkerung, größte Armut herrscht, doch wir sind davon überzeugt, daß eine derartige betriebene Ausfuhr den anderen Teilgebieten nicht hilft, unser Gebiet aber zugrunde richtet. Wenn die Zentralregierung dies nicht versteht und die wirtschaftliche Scheidewand entfernt, so bleibt uns nur der einzige Weg der Selbstverteidigung übrig, den wir beschreiten müssen. Uns allen droht das Gespenst des wirtschaftlichen Niederganges. Und aus diesem Grunde müssen wir alle zusammen gegen diejenigen ankämpfen, die unsere Existenz bedrohen. Im ersten Sinne müßte die gesamte öffentliche Meinung über die uns drohende Gefahr aufgeklärt und dann ein Widerstand gegen Schleichhändler, Juden und die sogenannten Schabbesgojim organisiert werden. Die Art dieser Selbstverteidigung und die Einzelheiten über deren Durchführung sollten unsere wirtschaftlichen und politischen Organisationen gemeinsam besprechen, vor allem aber die Arbeiterorganisationen. Da gerade den Arbeitern das Gespenst des Elends am meisten droht. Die anderen Kreise aber haben ein Interesse daran, daß unser Gebiet vor Erschütterungen bewahrt bleibt, die unvermeidlich sind, wenn sich das Wirtschaftsleben in der bisherigen Richtung weiterhin entwickeln sollte.“

Republik Polen.

Zur Reise Pilsudskis.

Wie schon gemeldet, begibt sich der Staatschef vor seiner Reise zu kurzer Erholung nach Spala (ehemaliges Jagdschloß des Zaren bei Tomaszow).

Ergebnis der Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die seit einigen Tagen in Warschau geführten Wirtschaftsverhandlungen zwischen Vertretern der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen haben dazu geführt, daß die zwischen beiden Staaten bestehenden Verträge um weitere zwei Monate verlängert wurden; außerdem wurde die Lieferung von Brennstoffen, Industriebölen, Spiritus und anderen Rohstoffen für die Danziger Industrie vereinbart. Die Verhandlungen nahmen einen ungetrübten Verlauf; am letzten Tage wohnte ihnen der Oberkommissar der Freien Stadt Danzig, Professor Atolicco, bei.

Keine Verpachtung der polnischen Bahnen?

„Kurier Poranny“ erörtert in einem längeren Artikel die Lage der polnischen Bahnen, bespricht die erhöhten Tarife, die Sicherheit des Handelsverkehrs und die allgemeine Leterung des Lebensunterhaltes. Er erklärt alle Gerüchte über eine Verpachtung der polnischen Bahnen an ein amerikanisches Konsortium, das damit bedeutende Staatseinkünfte an sich reißen würde, für vollkommen unbegründet. Auch ohne das Ausland könne Polen sich helfen, und es werde und müsse sich auf jeden Fall einer Internationalisierung der Weichsel widersetzen. Weder die polnischen Wagnisse, noch Lokomotiven, noch Fabriken und landwirtschaftlichen Betriebe dürften ausländisches Eigentum werden, denn dies sei gleichbedeutend mit Sklaverei. Das Blatt schließt mit den Worten: Wir wollen selbst die Herren in unserem Lande bleiben und uns davon durch kein noch so verlockendes Angebot abbringen lassen.

Ausstand der Postbeamten.

Warschau, 11. Januar. (P.M.) Heute mittag sind die Beamten der Hauptpost in den Ausstand getreten.

Warschau, 11. Januar. (P.M.) Der Ministerrat beriet heute über die durch den Streik der Postbeamten geschaffene Lage und faßte den Beschluß, rückwirkend die Staatsinteressen sicherzustellen. Der Postminister wurde beauftragt, die Streikenden im Namen der Regierung zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern, widrigenfalls sie entlassen werden würden.

Einer weiteren Meldung zufolge hat ein großer Teil der streikenden Postbeamten die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus der polnischen Bergwerksindustrie.

Auf Veranlassung der Handelsbank in Warschau und einer ganzen Reihe bedeutender Industriellen entsteht eine neue Aktiengesellschaft unter der Firma „Gesellschaft der Kohlenindustrie in Polen“, die ein breites Feld der Tätigkeit befißt wird, u. a. sämtliche Tätigkeit in bezug auf die vielseitige Ausnutzung von Kohle und allerlei Produkten, die damit zusammenhängen (Gas, Elektrizität, Verarbeitung chemischer Produkte usw.), den Ankauf und die Verpachtung von Kohlenbergwerken, Ankauf von Torf und anderen Mineralien und Erzen usw. Das Anlagekapital soll 5 Millionen Mark betragen. Davon wird die Hälfte auf den Namen lautende Aktien sein, die ausschließlich von Bürgern des polnischen Staates gekauft werden können. Angesichts der breiten Tätigkeit des Unternehmens ist anzunehmen, daß obige Summe nur das Anfangskapital bildet, das dann rasch erhöht werden wird.

Ein Sekretariat für jüdische Angelegenheiten.

Der „Nowy Dziennik“ meldet aus Warschau, daß die Regierung ein Sekretariat für jüdische Angelegenheiten ins Leben zu rufen gedenke. Das Sekretariat soll als besondere Behörde beim Ministerium des Innern fungieren. Im Budgetvoranschlag für dieses Jahr ist bereits eine Position für die Unterhaltung dieser Behörde vorgesehen, deren Bildung im Zusammenhang mit der im „Dziennik Ustaw“ (Gesetzblatt) erschienenen Bekanntmachung des Anhangs über den Schutz der nationalen Minderheiten steht.

Sozialdemokratische Minister auf Reisen.

Wie demotokratisch-parlamentarisch es in Versammlungen ausgeht, in denen Minister neuer Garnitur als zukünftige Redner auftreten, zeigt ein uns vorliegender Bericht aus Königsberg i. Pr., wo Otto Braun, Preußens derzeitiger Ministerpräsident und Minister gegen Landwirtschaft, im Saal der Börse eine große Rede hielt, die als Auftakt der Mehrheitssozialdemokratie zum Wahlkampf gelten sollte. Schon lange vor dem festgesetzten Beginn hatte eine riesige Menschenmasse den Börsensaal gefüllt. Der Hauptteil schien aus Unabhängigen und Kommunisten zu bestehen, denn abgesehen von dem Radon, der sich bei dem Erscheinen Brauns erhob, hagelte es auch Zwischenrufe, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Zurufe wie: „Dich drückt wohl der Ministersekel?“ und ähnliche persönliche Anreden unterbrachen die und dort die Rede, die ganz auf demagogischen Ton gekimmt war und sich in verheißender Weise in Angriffen gegen die Justiz, die Landwirtschaft usw. erging. Eine Phrase wie: „Der Wozd ist heute erlaubt, wenn man nur in der Wahl der Mittel vorsichtig ist.“ dürfte wohl zum ersten Male aus dem Munde eines preussischen Ministerpräsidenten gekommen sein. Doch es half alles nichts. Der Mehrheitsgenosse war den mächtigsten Mitrotten noch zu gelinde. Schließlich ertönte der Ruf: „Ditto, bis du bald fertig?“, worauf Braun antwortete: „Ich werde mich beeilen, daß du rufst, damit zu sprechen kann.“ Das brachte Braun eigentlich die erste Befallsbezeugung. Doch auch mehr oder minder lebenswichtige Zurufe, wie: „Ditto, ach runter“ ertönten wiederholt aus der Menge. So konnte man denn schon den Schluß der Versammlung voraussehen, der in einer Sprengung durch die Kommunisten bestand.

Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm Reichspräsident?

Der Berliner Korrespondent der „Danz. Bz.“ meldet auf Grund von Informationen aus parlamentarischen Kreisen, daß viele Abgeordnete der Deutschen Volkspartei erklärt haben, die Kandidatur des Fürsten Bismarck zum Reichspräsidenten zu unterstützen. Fürst Bismarck soll seine Bereitwilligkeit zur Annahme dieser Stellung geäußert haben.

Für Revision des Versailler Friedensvertrages.

Der Zentrumsgesandte Fischer hat alle Parteien Deutschlands aufgefordert, eine gemeinsame Aktion zur Einleitung einer Revision des Versailler Friedensvertrages herbeizuführen.

Die Konferenz der Sachverständigen der Entente und Deutschlands.

die in der Frage der Entschädigungspflicht Deutschlands in Brüssel beginnen sollte, wird erst nach der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Ententerregierungen stattfinden, welche für den 19. d. M. festgelegt ist.

Vorbereitung für die kommenden preussischen Landtagswahlen.

Am Sonntag begann in Berlin der Wahlkampf mit einer Versammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei in der Wilhelmstraße, die so stark besucht war, daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. In der Hauptversammlung sprach Staatsminister a. D. Hertig. Er betonte, daß Deutschlands Mission im Augenblick sei, als Ball gegen den Bolschewismus zu dienen, künftig aber die Brücke zwischen Ost und West zu bilden. Für die Wahlparole stellte er folgende Sätze auf: In jedem Fall müssen wir hinter der Regierung stehen, wenn es sich darum handelt, die Rechte des Vaterlandes gegenüber dem äußeren Feind wahrzunehmen. Kampf muß nicht nur dem Kommunismus angesagt werden, sondern auch dem marxistischen Sozialismus. Der Gedanke der Einheitsfront und der Politik der Mitte wird aufgegeben. Nicht gegen die Landwirtschaft muß gearbeitet werden, sondern mit der Landwirtschaft für die Allgemeinheit. Haupttrichschnur ist ein unabdingbares hartes Preußen. Der Arbeiter muß in die Gesellschaftsordnung eingeschaltet werden. Damit entsteht die Hoffnung auf die Partei der großen Volksgemeinschaft. In diesem Glauben werden wir siegen.

Die deutsch-holländischen Verbindungen.

Aus Zevenaar wird geschrieben, daß trotz der lästigen Formalitäten der Verkehr zwischen Deutschland und Holland einen bemerkenswerten Aufschwung nimmt. Personen- wie Güterverkehr nehmen auffallend zu. Es ist enorm, sagt der Mitarbeiter des Blattes, welche Mengen von Deutschland nach Holland gehen. Schier unabhärbare Mengen beweisen, daß Deutschland seine Industrie wieder in die Höhe bringt, denn fast alle deutschen Industriezweige führen wieder nach Holland aus.

Eine Kundgebung der kommunistischen Parteien.

gegen die Sicherheitsmaßnahmen der Regierung und gegen die „Drang“ fand Sonntag vormittag im Lustgarten in Berlin statt. — Die Erschießung des Hunsburger Kommunisten Hofmann hatte die Veranlassung dazu gegeben. Eine Anzahl kommunistischer Führer sprach zu der Menge und forderte sie zur Selbstverteidigung auf. Das fühle man weiter, die Gemüter nicht recht warm werden. In geordneten Rängen rückten die Manifestanten unter Absingung der Internationale ab.

Der „Vormärts“ warnt die Arbeiter vor der Teilnahme an kommunistischen Demonstrationen, eine ähnliche Warnung hat das Organ der unabhängigen Sozialisten „Die Freiheit“ erlassen, welche gegen die kommunistischen Methoden protestiert, die darauf hinstreben, die Arbeitermassen gegen die Maschinengewehre zu heben.

Ein sozialdemokratischer Landratsamtsverwalter abgelöst.

Den durch und durch national gesinnten Kreis Neuhettlin hatte die rote Regierung Preußens einem sozialdemokratischen Verwalter, dem Genossen Schriftsteller Passchke unterstellt, dessen Machtgelüste zu den furchtbarsten Streitigkeiten mit angesehenen Kreisvertretern führte. Passchke war jedoch nicht nur als Beamter, sondern auch in seinem ganzen sonstigen Auftreten erhaben über die Begriffe der alten Art und gab Anlaß zu den ärgerlichsten Skandalen, die nicht nur die Öffentlichkeit von ganz Pommern beschäftigten, sondern sogar in einer parlamentarischen Anfrage zur Sprache kamen. Da sah man im Ministerium Severina doch endlich ein, daß dieser Genosse zum Landrat selbst nach dem neuen System denn doch zu ungeeignet war. Seit dem 23. Dezember v. J. ist der Regierungsrat Dr. Voelckel aus Königsberg mit der Verwaltung des Landratsamtes beauftragt worden.

Uebrigcs Ausland.

Amerika und die deutsche Verpflichtungsfrage.

Washington, 10. Januar. Die französische Regierung hat erneut beim Staatsdepartement angefragt, welche Schritte seitens Frankreich es für berechtigt halten würde, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen würde. Das Staatsdepartement wird darauf mitteilen, daß es die gewalttätige Durchsetzung (enforcement) der Bedingungen von Spa nicht für opportun halte, besonders nicht durch eine Befegung des Ruhrgebietes. Im übrigen genedte die amerikanische Regierung die Entwicklung der Dinge unbeteiligt abzuwarten und werde deswegen auch keinen Delegierten zu der am 19. Januar stattfindenden Konferenz der Ministerpräsidenten entsenden.

Nach in Berlin eingegangenen Meldungen hat die französische Regierung nach Washington eine Erklärung gesandt, in welcher sie die Gerüchte über die Befegung des Ruhrgebietes durch Frankreich in Abrede stellt.

Keine weitere Teilnahme der Amerikaner an den Sitzungen des Völkerrats.

Paris, 11. Januar. Wie der „Matin“ meldet, hat der amerikanische Völkerrats-Beauftragte gestern Abend dem Ministerpräsidenten Benjamen mitgeteilt, daß er von nun an nicht mehr an den Sitzungen des Völkerrats teilnehmen werde. Er hat auch erklärt, daß die amerikanische Regierung bei der Sitzung des Völkerrats am 19. Januar sich nicht vertreten lassen werde. Nach einer Radiomeldung aus Washington werden die Vereinigten Staaten jedoch fortfahren, sich im Reparationsausschuß und in der Rheinlandskonferenz vertreten zu lassen.

Wie der zukünftige Präsident denkt.

Washington, 10. Januar. Dem Präsidenten Harding nachstehende Kreise teilen mit, daß der Präsident nach Übernahme der Regierung in erster Linie folgende Fragen regeln will: 1. Erneuerung der Beziehungen zu Deutschland und noch im März dieses Jahres, 2. Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheingebiet und 3. die Erneuerung der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland und den Zentralmächten.

Amerika gegen die schwarzen Truppen.

Die englischen Blätter melden, ist im nordamerikanischen Kongreß eine Tagesordnung eingebracht worden, die den Präsidenten Wilson auffordert, gegen die Anwesenheit und die Ausschreitungen der schwarzen Kolonialtruppen in den Rheinländern Protest einzulegen.

Hilfe Frankreichs für Lettland.

Die französischen Zeitungen beschäftigen sich mit dem Besuch des lettischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten Meyerowicz in Frankreich und stellen die Tatsache fest, daß Millerand Lettland die Hilfe Frankreichs versprochen habe. Telegramme aus Paris bestätigen die Bereitwilligkeit der Entente, in aller nächster Zeit die baltischen Staaten anzuerkennen.

Frankreich beansprucht die Wrangelsflotte.

Die englischen Blätter melden, daß Admiral Redford, der Vertreter Wrangels in Paris, erklärt habe, die französische Regierung betrachte die russische Handelsflotte, die 30 000 T. Raum betrage, als ihr Eigentum. Sie müsse die Schiffe als Kompensation für die großen Verluste behalten, die Frankreich durch die Wrangelsche Expedition erlitten habe.

Von der Sowjetregierung.

Nach einer Meldung aus Moskau wird Litwinow als Vertreter der Sowjetregierung nach Helsingfors entsandt werden. Er soll dort eine kommunistische Propaganda-Zentrale organisieren. Radek-Sobelschohn wird der Posten eines bolschewistischen Gesandten in Armenien oder der Türkei übertragen.

Rumänisch-russische Beziehungen.

Nach einem Funkpruch aus Moskau hat der rumänische Außenminister Take Ionescu an Tschitschew eine Note gerichtet, in der er erklärt, Rumänien sei bereit, mit Sowjetrußland in freundschaftlichen Beziehungen zu treten und bitte um Abgabe der Punkte, die nach dem Ermessen der Sowjetregierung Gegenstand eines Vertrages zwischen Rußland und Rumänien werden sollen.

Italienische Karabinieri in Deutsch-Südtirol.

Das „Alpenland“ erhält aus Bozen folgendes mitgeteilt: Eine der einschneidendsten Veränderungen, die uns die Besetzung brachte, war das Verschwinden unserer alten Gendarmerie und das Erscheinen der Karabinieri. Wenn damals der Unterschied in die Augen springend war, so ist er heute nicht weniger vermindert. Nach wie vor denken wir mit einem gewissen Stolz an die Zeit zurück, in welcher ein kleines Häuflein tüchtiger Gendarmen die Sicherheit im Lande in geradezu musterhafter Weise aufrecht erhielt. Ein Pöbel von zwei bis drei Mann verlorate umfangreiche Gemeinden; man brachte der Gendarmerie Achtung entgegen und fand bei ihr in vielen Gefahren Halt, Rat und Anschlag. Heute stehen in den kleinsten Gemeinden Karabinieriposten bis zu zehn Mann, sogar die Städte werden besetzt durch diese feuerlich italienische Waffe. Der Untersuchungsrichter findet in den Karabinieri wohl eifrige, nichtbewußte Leute, doch die Volksfremdheit und der Mangel der Kenntnis der deutschen Sprache behindert das flüssige Funktionieren des Dienstes. Woher soll aber auch ein Karabinieri, der aus Turin, Neapel oder Sizilien stammt, die deutsche Sprache in dem Umfang beherrschen, um mit unserer Landbevölkerung verkehren zu können?

Früher achte man in dem einzelnen Gendarmen, der ganz allein seinen Dienst tat, die Macht des Staates; die Karabinieri hingegen müssen durch ihre schwerbewaffnete Masse wirken. Dies entspricht wohl dem reichsitalienischen Volkscharakter. Die Volkshilfsmittel im alten Österreich, die in uns noch sehr verankert ist, bewirkt die Respektierung der Geweise — eine Vorankündigung, die in Italien fehlt, um das Karabinierigesetz, auf dem Italien aufgebaut ist, einer Reorganisation zu unterziehen. An diesem ausschlaggebenden Momente scheiterten auch die Bemühungen der Vertreter des deutschen Verbandes beim Karabinieri-Höchstkommando in Rom, wo sie vom General Pettiti empfangen wurden. Obwohl man ihnen volles Verständnis entgegenzubringen schien, konnten Versicherungen nicht gemacht werden. Das Karabinierigesetz hat bereits zu feste Wurzeln geschlagen, um die Regierung bewegen zu können, dieses Machtmittel auf eine menschliche Basis zu stellen. Es besteht allerdings das Bestreben, den in Südtirol eingeteilten Karabinieri die deutsche Sprache in Kurven zu Florenz zu lehren; doch was nützt eine notdürftig erlernte deutsche Sprache beispielsweise im Passeiertale, wo ein Dialekt gesprochen wird, der besonders erlernt werden muß.

Vor vielen Monaten war man bestrebt, alte österreichische Gendarmen einzustellen, was sich aber infolgedessen nicht bewährte, als sich unsere alten Diener den italienischen Verhältnissen nicht anpassen konnten, sie fühlten sich isoliert und vor allem — es sei gesagt — den Karabinieri weit voraus. Dieser Zustand war daher unhaltbar.

Postbeamten-Versammlung.

Zur Ergänzung des Berichts über die Bromberger Postbeamten-Versammlung, die wir in der Ausgabe vom 6. Januar besprochen, erhalten wir von einem der dort in der Versammlung Angehörigen eine Zuschrift, die sich mit den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen befaßt. Das Schreiben lautet wörtlich:

„1. Es ist unwar, daß ich von den zuständigen Behörden die Erlaubnis zur Ausübung auch nur eines einzigen Dorfschicks erhalten, ebenso, daß ich mich überhaupt mit Dorfschicks befaßt habe. Ich betrachte daher alle in dieser Beziehung gegen meine Person erhobenen Anschuldigungen als Verleumdung, die gerichtlichen Abschluß finden werden. Wahr ist dagegen, daß meine Frau durch einen Herrn Kauter veranlaßt wurde, gemeinschaftlich mit ihm in durchaus legaler Weise am Dorfschicks nach Danzig sich zu beteiligen. Meine Frau hat mich hierauf beauftragt, von den zuständigen Behörden die Ausführungsbewilligung zu erwirken. Da

ich indessen diese Genehmigung nicht erhalten habe, zog sich meine Frau sofort von dem Unternehmen zurück und hat infolgedessen mit dieser Angelegenheit nichts mehr zu tun.

2. Es ist unwar, daß ich aus den Postvereinen Lembergs wegen Charakterlosigkeit und Mangels an Vaterlandsliebe ausgeschlossen worden bin, ebenso unwar ist es, daß ich mir bei der Vorstellung in Polen einen falschen Titel beigelegt und mir einen kostbaren Gegenstand, der zur Verlosung bestimmt war, angeeignet habe. — Wahr ist dagegen, daß ich in Würdigung meiner Verdienste auf vaterländischem und sozialem Gebiet von verschiedenen Lemberger Vereinen durch Überreichung von Diplomen als Ehrenmitglied ausgezeichnet worden bin und daß ich während des Überfalles der Ukrainer mit meinem Sohne auf verschiedenen Stellen Lembergs gekämpft habe. Für diese aktive Beteiligung wurden wir beide mit dem Orden für Tapferkeit (Orleta) und mit dem Verdienstkreuz geschmückt. Diese Angelegenheit wurde übrigens bereits in der Versammlung von den Warschauer Berufsdelegierten aufgeführt. — Es ist ferner wahr, daß ich sofort nach meiner Berufung durch den polnischen Obersten Volksrat in Polen im März 1919 meine sämtlichen Dienstpapiere und Ernennungsurkunden dem damaligen Kommissar Domherrn Adamski vorgelegt habe. Ebenso ist es wahr, daß der verstorbene Generalarzt Prof. Dr. Rydzigier mich 19 Jahre hindurch seiner persönlichen Freundschaft gewürdigt und zum Zeichen seines großen Vertrauens und seiner Hochachtung mir zwei Monate vor seinem Ableben die Sorge um seine Witwe für den Fall seines Todes übertragen hat. Frau Generalarzt Rydzigier hat in meinem Hause eine augenblickliche Zufluchtsstätte gefunden.

3. Es ist unwar, daß bei mir irgendeine Abordnung erschienen sei und kategorisch von mir die Reinwaschung von den Beschuldigungen verlangt habe, die ein gewisser Niegosz aus Polen gegen mich erhoben hat. Wahr ist dagegen, daß diese Abordnung im Gespräch mit mir die Ansicht vertrat, ich müßte mich gegen die Vorwürfe der postalischen Monatschrift „Pomysłowa Poczta“ zur Wehr setzen. Ich erwiderte darauf, daß auf Infriminationen des Herrn Niegosz in seiner „Pomysłowa Poczta“ kein vernünftiger Mensch reagiert. Als Beweis dafür führte ich seine Angriffe gegen Minister Rinde in Warschau, Präsident Wieniawski in Lemberg und die Sektionschefs im Postdepartement des polnischen Ministeriums an, denn es ist notorisch bekannt, daß Niegosz es bedauert, weil weder die Behörde noch die von ihm Angegriffenen auf die erhobenen Beschuldigungen eingehen.

4. Es ist unwar, daß ich in der Versammlung am 6. d. M. irgend etwas über die Hakatisten gesprochen und ihnen die Schuld an der Unzufriedenheit der Postbeamten in die Schuhe geschoben, ebenso unwar ist es, daß ich dem sogenannten Kleinowischen Fonds eine Bedeutung beigegeben habe, die er eigentlich im Kreise der Postbeamten besitzen soll. — Wahr ist dagegen, daß ich die Versammlung auf den Kleinowischen Fonds und auf seine Bestimmung hingewiesen habe.

5. Es ist unwar, daß ich zu den Beamten, die aus Deutschland hierhergezogen sind, gesagt haben soll: „Wer hat Sie hierher berufen?“ Wahr ist dagegen, daß in einem einzigen Falle einem Beamten, der sich aus Deutschland hierher gemeldet hat und der in seinem Reisekosten-Fordernachweis außer den vorgeschriebenen Tagesabgaben und Fahrkosten alle Hotelrechnungen und Auslagen für Mittag- und Abendessen während der Reise seiner zahlreichen Familie in Rechnung gestellt hat, diese Beträge den Vorschriften entsprechend gestrichen worden sind. Auf seinen Protest dagegen äußerte ich zu ihm, weshalb er denn gekommen sei. Er hätte sich freiwillig gemeldet und die Direktion habe ihn nicht berufen.

Zum Schluß erwähne ich noch, daß ich nach Beendigung der gerichtlichen und verwaltungsmäßigen Untersuchung, deren Ergebnis ich mit Ruhe abwartete, der verehrlichen Redaktion weitere Mitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung machen werde.

Krahl, Rudolf,
Postpräsident in Bydgoszcz.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 12. Januar.

Unerhörte Zustände!

Als heute morgen um 6 Uhr der Auswandererzug zum ersten Male unkontrolliert (Kontrolle findet von jetzt ab in Friedheim [Miaszczewo] statt) abgelassen werden sollte, fanden sich auf dem Bahnsteige fragwürdige Gestalten und halbwegsige Leute ein, um die Reisenden regelrecht anzugreifen. Mit irgendeinem Bündel in der Hand konnten sie am dunkeln Morgen vom Bahnpersonal wohl als zu den Auswanderern gehörig betrachtet werden. Raum begaben sich die Reisenden in den viel zu kurzen Zug, als die jugendlichen Bahnräuber anfangen, sich zwischen die Massen zu drängen und zu stehlen, was ihnen erreichbar war. Verschiedenen Personen wurden Wertgegenstände, Handtaschen, Lächer, Plaisirs, Geld und auch Personal- und Auswanderungspapiere gestohlen. Es war ein Jammer, die Verzweiflung der armen Auswanderer mit ansehen zu müssen. So geht es jedenfalls nicht weiter. Die Bahnbehörden, die Polizei und die Auswandererfürsorge müssen umgehend Mittel zum Schutz der Auswanderer und Bekämpfung des Banditenwesens ersinnen.

Die Zustände auf den Eisenbahnen.

Das Warschauer 2. Polizeikommissariat teilt der „Naczelnik“ einen Vorfall mit, der ein großes Schicksal auf die Zustände auf den Eisenbahnen in Kongresspolen wirft. Danach wurden in der Nacht zum Donnerstag aus dem Personenzug 713 Zivilreisende von Soldaten gewaltsam entfernt. Unter ihnen befand sich ein wehrhafter Gefolgter, dem Gepäck für 6000 Mark abgenommen wurde. Da die Gendarmerie es ablehnte, gegen die Soldaten aufzutreten, konnte auch die Polizei nichts gegen diese Gewalttätigkeiten unternehmen.

Beziehend für diese Zustände ist eine an alle Eisenbahnbeamten gerichtete Verordnung des Eisenbahnministers, in der dieser mehr Höflichkeit im Verkehr mit dem Publikum verlangt. Der Minister stellt fest, daß der Umgang des Eisenbahnpersonals mit den Fahrgästen viel zu unwillig übrig ließ, worüber häufig Klage geführt wurde. Der Minister bittet die Beamten, dafür zu sorgen, daß sich die Zustände bessern, wobei er erklärt, daß er mit allem Nachdruck dafür eintreten wird, eine so wichtige Staatseinrichtung, wie die Eisenbahn ist, in jeder Beziehung auf der Höhe zu erhalten.

Der Papst gegen die unsittlichen Tänze. Die „Telegraph“ drückt aus Rom, daß der Papst während des Empfangs der italienischen Aristokratie eine Rede hielt, in der

er scharf gegen die Mode und die unsittlichen Tänze auftrat. Er betonte die Notwendigkeit einer Aktion in dieser Richtung und forderte die Aristokratie auf, durch Rat und Tat eine solche Aktion zu unterstützen.

2. Zwei neue D-Züge Warschau—Thorn—Posen. Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß vom 15. Januar d. J. ab auf der Strecke Warschau—Thorn—Posen zwei neue D-Züge eingelegt werden, die Anschluß von und nach Berlin haben. Zug 401 fährt ab Warschau 21.20, Ankunft Posen 4.21, Abfahrt Posen 4.26, Ankunft Posen 6.34. Zug 402 Abfahrt Posen 22.5, Ankunft Posen 4.32, Abfahrt Posen 4.37, Ankunft Warschau 7.50.

3. Gerüchten über Eisenbahnerstreiks (im Posener Bezirk) war es nicht möglich, nachzugehen, da wir telephonisch die betreffenden Behörden heute vormittag nicht erreichen konnten. Entstanden sind die Gerüchte anscheinend durch die Nachricht von einem Postbeamtenstreik in Warschau, und da aus Posen schon seit vielen Tagen des Buchdruckerstreiks wegen keine Zeitungen eintreffen, wurde auch auf einen Eisenbahnerstreik dort geschlossen.

4. Die Bromberger Papierfabrik, die einzige in unserem Teilgebiet, ist gestern feierlich eingeweiht worden. Über das Datum der Inbetriebsetzung der Fabrik wurde noch keine genaue Mitteilung gemacht.

5. Ein neuer Industriezweig. Zur Verarbeitung von Sportgegenständen, Spielsachen und ähnlichen Artikeln entstand in Posen eine Aktiengesellschaft unter dem Namen „Sport“ mit einem Kapital von 6 Millionen Mark. Die Gründer sind u. a. die Handelsbank in Posen, die Bank der Industriellen und die Bank des Verbandes der Gewerbetreibenden.

6. Holzindustrie-Gründungen im Osten. Die Holzgroßhandlung Sigmund Michalski, Berlin-Schöneberg, die in Pommern verschiedene größere Sägewerke betreibt, hat in Danzig eine eigene Niederlassung errichtet und wird von dort aus ihre Interessen in Polen vertreten. Ferner wird gemeldet, daß die Holzproduktionsfirma Selig Salomon, Bromberg a. Berlin, drei Sägewerke in Deutschland ins Leben ruft, um die Verbindungen mit ihrer Kundschaft bei den in Polen schwierig gewordenen Verkehrsverhältnissen aufrecht zu erhalten.

7. Neuefetzung der Rechtsanwaltschaft. Nach einer Bekanntmachung der städtischen Polizeiverwaltung ist die Rechtsanwaltschaft für Schornsteinfeger neu festgesetzt.

8. Ankauf von Gold- und Silbermünzen. Die Polnische Landesdarlehnskasse kauft silberne und goldene Münzen und zahlt folgende Preise: Für einen Goldrubel 280, einen Silberrubel 140, eine deutsche Silbermark 89, eine deutsche Goldmark 120, eine österreichische Krone in Gold 102, in Silber 32,50 Mark. Andere ausländische Gold- und Silbermünzen kauft die Polnische Landesdarlehnskasse zu Preisen, die dem Bruttometallwert entsprechen.

9. Der landwirtschaftliche Kreisverein Bromberg hält am kommenden Donnerstag im Gymnasium eine Sitzung ab, in der u. a. ein Vortrag über Torfgewinnung gehalten werden wird.

10. Deutsche Bühne. Wir machen unsere Theaterfreunde auf die heute Abend stattfindende Erstaufführung des Trauerspiels „Armut“ aufmerksam.

Kursbericht.

* Danzig, 11. Januar. (M.N.) Der Kurs der polnischen Mark in Danzig stand heute auf 8 1/2 bis 9, Überweisung: Warschau 8 1/2 bis 8 3/4. In Berlin stand die polnische Mark auf 8 1/2 bis 8 3/4. Für Dollars zahlte man 69 1/2 bis 70 1/2, für ein Pfund Sterling 261 bis 263.

Warschau, 11. Januar. Börsenbericht der Warschauer Börse vom 11. d. M.: Rentenrubel zu 500 Einkauf 448, Verkauf 452,50, Überweisung 445. Dinarubel zu 1000 Einkauf 98, Verkauf 97, zu 250 Einkauf 82,50, Verkauf 83,50. Dollars der Vereinigten Staaten Einkauf 700, Verkauf 760. Kanadische Dollars Einkauf 570, Verkauf 620. Französische Franken Einkauf 43, Verkauf 45,20. Schweizer Franken Einkauf 106, Verkauf 116,50. Belgische Franken Einkauf 45, Verkauf 47,60. Pfund Sterling Einkauf 2000, Verkauf 2770. Deutsche Mark Einkauf 990, Verkauf 1050. Österreichische Kronen Einkauf 108, Verkauf 116. Tschechoslowakische Kronen Einkauf 790, Verkauf 860. Schwedische Kronen Einkauf 150, Verkauf 160. Dänische Kronen Einkauf 117, Verkauf 126. Norwegische Kronen Einkauf 116, Verkauf 125. Rumänische Lei Einkauf 9, Verkauf 10. Italienische Liras Einkauf 24,50, Verkauf 26,25. Finnische Mark Einkauf 21, Verkauf 22,50. Holländische Gulden Einkauf 292, Verkauf 242,50.

* Inowroclaw, 11. Januar. Im Alter von 72 Jahren ist der Tierarzt Józef Czajla, ein alter Bürger unserer Stadt, nach nur fünfjährigem Krankenlager gestorben. Czajla ist am 10. Februar 1849 in Inowroclaw geboren und nahm nach Beendigung seiner Studien im Jahre 1875 hier seine Praxis auf. Er war lange Jahre Stadtverordneter und im Jahre 1894 Kandidat bei den Wahlen zum Preussischen Landtage.

* Inowroclaw, 11. Januar. Am Sonntag fanden auf dem Grotzterplatz in Plawin der 16 Jahre alte Stefan Kosmowski und der 9 jährige Jan Piotrowski aus Góra zwei Minen geschosse, die sie mit nach Hause nahmen. Beim Spielen explodierten die Geschosse und töteten den K. auf der Stelle, während P. derartige Verletzungen erlitt, daß er im Krankenhaus starb.

* Posen (Poznan), 11. Januar. Das ganze bewegliche und unbewegliche Vermögen der Firmen Gebr. Desserling, nach dem „Kurier Polski“, in das Eigentum der H. Cegielski A.-G. über. Die Fabrik beschäftigt gegenwärtig 400 Arbeiter und ist in vollem Betriebe. Ihre Spezialität ist Herstellung von Maschinen zum Kartoffelbau, Pflanzmaschinen, Lochmaschinen usw. Die Fabrik exportierte vor dem Kriege nach Deutschland, Frankreich, Dänemark, Belgien, Polen usw. Jetzt ist der polnische Markt ein zu kleiner Absatzmarkt für die Produktion der Fabriken, infolgedessen sammeln sich in den Fabriklagern größere Vorräte an Werkzeugen im Werte von mehreren Millionen Mark an. Die A.-G. H. Cegielski beabsichtigt die bisherige Produktion fortzusetzen. Die Übernahme soll am 1. Januar 1921 erfolgen. Die bisherigen Eigentümer der Fabrik Gebr. Desserling beabsichtigen, nach Deutschland zu verziehen, um dort eine ähnliche Fabrik zu gründen.

* Samotschin, 10. Januar. Ein Hausbesitzer vereinigt ist am Sonntag hier in der Dempefischen Gastwirtschaft gegründet worden. Es traten sofort 24 Mitglieder bei. Der Vorstand besteht aus den Herren: Maurermeister Schmidt, Viehhändler Rukner, Knauf, Dempe, Garmeck, Barne, Wornath, Sommerfeld, Siebe und Schlöb. — Über ein Wohltätigkeitsfest berichtet die „Samotschiner Zeitung“: Das Wohltätigkeitsfest des Frauenvereins vom Roten Kreuz gestaltete sich zu einem recht frohen und gnußreichen Feste, es war überaus zahlreich aus Stadt und Land besucht und hatte einen so angenehmen, fröhlichen und harmonischen Verlauf, wie selten eine Veranstaltung der gedachten Art. Eingeleitet wurde das Fest durch mit feinem Verständnis ausgesuchte und in wirkungsvoller Weise durch die Nowakische Kapelle, die durch Fräulein Furch (Geige) sowie die Herren Dr. Pieper (Flöte) und die Herren Lehrer Bruno und Benker verstärkt worden war, zum Vortrag gebrachten Musikstücke, in deren Pausen Fräulein Klatt einen passenden Prolog vortrug und die Vor-

stehende, Frau Dr. Pieper, in herzlicher Ansprache die erschienenen Gäste begrüßte und gleichzeitig den Spendern für die reichlichen Gaben dankte. Viele Heiterkeit erweckte das hierauf von den Bräuleins Gahlow und Klatt sowie den Herren Seppert und Kempe vorzüglich gespielte Theaterstück „Das erste Mittagessen“.

* Grandenz (Grudzadz), 10. Januar. Das erste polnische Nationaltheater ist hier in Anwesenheit der Spitzen der Behörden in feierlicher Weise eröffnet worden.

* Grandenz (Grudzadz), 11. Januar. An Gasvergiftung sind im Hotel „Polka“ zwei Soldaten hoffnungslos erkrankt.

* Stargard (Starogard), 11. Januar. Der Landwirtschaftliche Kreiswirtschaftsverband hielt kürzlich hier eine Versammlung ab, die der Vorsitzende, Guisebinder Schreiber-Damerow, mit dem Hinweis auf die Enttäuschungen eröffnete, die wir auf wirtschaftlichem Gebiet erlebt haben. Zugaben, die uns vorher gemacht worden sind über auskömmliche und den Gesamtverhältnissen angepasste Preise und über ruhige Arbeitsverhältnisse und unsere daran geknüpften Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt. Der Arbeiter erhoffte billiges Brot, der Arbeitgeber Einschränkungen des Koalitionsrechtes; das Gegenteil ist eingetreten, das Brot und die Lebenshaltung verteuert sich dauernd, ohne daß dem Produzenten seine Produktionskosten gedeckt werden. Auf der anderen Seite leben wir in dauernder Streikgefahr. Erst auf der letzten Tarifverhandlung in Thorn wurde wieder ganz öffentlich mit dem schwarzen Streik gedroht und der Wojewode sagte noch nicht einmal zu, daß durch Einschreiten der Gendarmen oder des Militärs das Guttern des Viehes sichergestellt werde. Es mangelt an allem: Eisen, Erbsen, Hülsen und Fufnägel, künstliche Düngemittel, Originalsaaten, Zuckerrübenamen, und Sämereien sind überhaupt nicht erhältlich, kommt noch hinzu, daß unser deutscher Nachbar ein Ausfuhrverbot erlassen hat. Ferner der durch den 7-jährigen Krieg hervorgerufene Mangel an Gipsanweh und die Unlust unserer Arbeiter, so daß wir sehen können, wie die Bodenkultur täglich zurückgeht. Die Folgen werden ein weiterer Rückgang der Produktion sein, Mangel an Getreide, Vieh, Milch und Milchprodukten. Statt größerer Mengen von Kartoffeln, Spiritus und Zucker für den Export zur Hebung der Valuta zur Verfügung zu haben, werden wir auf die Einfuhr von Lebensmitteln, an die wir nie gedacht haben, angewiesen sein und angefaßt dieser Tatsachen werden durch Kriegsgesellschaften Gewinne von schwindelnder Höhe gemacht. Im Boden kostet ein Pfund Strichwolle 1200 Mark, während der Erzeuger für 100 Pfd. Schurwolle auch nur 1200 Mark erhält. Rohwolle bringen so gut wie gar keinen Preis, während jeder selbst für den dringenden Bedarf der Wirtschaft nicht zu haben ist. Trotzdem aber dürfen wir die Lust am Produzieren nicht verlieren und müssen weiterarbeiten in der festen Hoffnung auf eine Gesundung der Verhältnisse.

* Thorn, 10. Januar. Hier ist in der Katharinenstraße von einem amerikanischen Polen Leopold Chroszcz ein Bankunternehmen gegründet worden, das den Namen führt: „Radwiskanski Bank Rolniczo-Przemyslowy w Toruniu“. Das Anlagekapital beträgt 5 Millionen Mark. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates ernannt worden ist der Direktor des „Warszawski-Bank Handlowy w Toruniu“, Peter Sehl.

* Thorn, 11. Januar. Eine Verordnung der Wojewodschaft Kommerellen verbietet die Verwendung von Vollmilch und Butter zur Herstellung von Backwaren in öffentlichen Lokalen, die Verabreichung von Milch zum Kaffee oder zur Schokolade sowie die Verwendung von Vollmilch, Sahne und Butter in gewerblichen Betrieben.

* Thorn, 11. Januar. Das Elektrizitätswerk Thorn ist unter Zwangsverwaltung gestellt worden.

Aus dem Freistaat Danzig.

* Danzig, 10. Januar. Am letzten Sonntag veranstaltete der Lloyd-Diffusion auf dem Flugplatz Bangfuhr eine Reihe von Passagierflügen. Der Lloyd-Diffusion ist eine Luftverkehrsorganisation, an der neben dem Norddeutschen Lloyd Bremen die beiden Flugzeugwerke Junkers Flugzeugwerke Dessau und Albatros-Gesellschaft für Flugzeugunternehmungen sowie ein junges industrielles Stützungsunternehmen, die Ostdeutschen Landwerkstätten, beteiligt sind. In Danzig wird der Lloyd-Diffusion vorläufig von der

hier fest anhängigen Danziger Gesellschaft des Norddeutschen Lloyd vertreten, die auch den Vertrieb der Fahrkarten für den Lloyd-Diffusion in ihrem Bureau im Hohen Tor übernimmt. Das Verkehrsflugzeug des Lloyd-Diffusions, mit dem am 9. Januar die Rundflüge stattfanden, ist ein von den Junkers Flugzeugwerken gebautes sechsfühiges Dimonsinensflugzeug. Die Flugmaschine mit moderner Klüffeleinrichtung ist vom Motor völlig abgeschlossen. Man wird selbst bei einer leichten geführten Unterhaltung kaum geküßt. Der Lloyd-Diffusion beabsichtigt, den gesamten Osten, besonders Danzig, mit dem Reich zu verbinden. Neben dem Personenverkehr wird schon jetzt der Postverkehr zwischen Berlin und Königsberg betrieben. Die Flugdauer wird nach Berlin etwa 3 Stunden, nach Königsberg 1 1/4 Stunden betragen.

Revolutionsgewinne eines Kommunistenführers.

In München begann der Prozeß gegen den Abgeordneten Gaudorfer, der seinerzeit der besondere Vertraute des kommunistischen Diktators Eisner war. Es handelt sich um Veruntreuung von Staatsgeldern bei Veräußerung von Heereswerten. Der Reichsfiskus hat gegen das Vermögen des vor dem Kriege freier Abgeordneten einen Arrest in Höhe von 1,75 Millionen Mark erhoben. Die Anklage befaßt folgendes: Gaudorfer hat unmittelbar nach der Revolution, Ende 1918, die ihm vom damaligen bayerischen Militärminister übergebenen bayerischen Heereswerte in 455 Versteigerungen im Bereich des 1. Armeekorps veräußert. Er hat ungefähr 6 Millionen Mark Bargeld eingenommen, nachträglich in Kriessanleihe umgetauscht und auf diese Weise große Gewinne erzielt. Er hat auch 60 000 Mark Gratifikationen an seine Günstlinge ausgezahlt. Von 18,5 Millionen Mark Kriessanleihe hat Gaudorfer die Zinskupons von 1918/19 abgetrennt, davon aber 454 240 Mark widerrechtlich für sich verwendet. Die Beträge, die Gaudorfer nach Ansicht des Reichsfiskus zu erhalten hat, machen insgesamt 1 502 000 Mark aus. Der Reichsfiskusanwalt erklärt, daß Gaudorfer danach trachte, seinen bei der Revolution erworbenen Reichtum in Sicherheit zu bringen, wenn er merke, daß er den dem Reich zugefügten Schaden ersetzen solle; deshalb sei der dringliche Arrest geboten. Gaudorfer, der vor dem Kriege keinen Pfennig Einkommensteuer bezahlt hat, habe jetzt ein Vermögen von 2-2 1/2 Millionen Mark; der Kursgewinn durch Unterfütterung von Reichsanleihe betrage allein 264 000 Mark, der Schaden des Reichsfiskus das Doppelte. Der Verteidiger erhob den Einwand, daß Gaudorfer auf Betreiben Eisners so gehandelt habe. Dagegen erklärte der Reichsfiskusanwalt, Eisner sei gar nicht zuständig gewesen, da es sich um Reichsgelder handelte. — Das Urteil wird am 18. Januar verkündet werden.

Aus dem Gerichtssaale.

* Hamburg, 8. Januar. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Landgericht in dem großen Schieber- und Betrugsprozeß gegen den Studenten Pop aus Buxtehude, den Kaufmann Stegfried Mittler aus Wien, den früheren Theaterdirektor Hans Hanuschek, den Kaufmann Heinrich Niebmann aus Wien und den Kaufmann Otto Legimeyer, die beschuldigt waren, durch betrügerische Handlungen die Einkaufszentrale in Wien sowie andere Behörden und Personen um mehr als 800 000 Mark geschädigt zu haben, während der Versuch, die Stadt Dresden um 6,8 Millionen Mark zu schädigen, mißglückte, Pop zu 15 Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, Mittler zu zwei Jahren Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, Hanuschek zu drei Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe und Legimeyer zu 1000 Mark Geldstrafe.

Bermischtes.

* Interessantes aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Die Offiziers-Wohnhäuser für die Besatzungsarmee werden auf Rechnung des Reiches ausgeführt und zurzeit vergeben.

Von den 18 Angeboten für die Erarbeiten eines Bauauftrages in Krefeld betrug das niedrigste 105 650 Mark, das höchste 227 000 Mark. Das höchste Angebot wurde von der neugegründeten sozialistischen rheinischen Bauproduktivgenossenschaft Grundstein, E. G. m. b. H., abgegeben, an deren Gewinn ausschließlich die Arbeiter beteiligt sind.

* Festgenommene Kriegsmillionäre. In Berlin wurde der Agent Cohen und sein Teilhaber Avelles wegen Spiritusschiebungen festgenommen. Cohen hat ungezählte Millionen „gemacht“. Sein Sozius Avelles behauptet, im letzten Jahre nur anderthalb Millionen Mark verdient zu haben. Beide waren vor drei Jahren noch völlig mittellos.

* Auf offener Straße erschossen wurde in Berlin der Kriminalwachmeister Benke. Er wurde früh vor dem Hause Weidenweg 41, auf dem Bürgersteig liegend, aufgefunden. Er ist von einem Eindrehler erschossen worden. Der Täter ist entkommen. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt worden.

* Verhaftung von Schiebern. Wie der „Total-Anzeiger“ aus Halle meldet, hat die Erfurter Kriminalpolizei auf Veranlassung des Reichsfiskusministeriums die Kaufleute Reil aus Erfurt, Wolf aus Ehrenthal, Galfster und Rehr aus Schmalkalden, sowie die Waffenfabrikanten Köhler aus Schmalkalden, Heinrich aus Jella und König aus Erfurt wegen umfangreicher Waffenschieberungen verhaftet.

* Keine russischen Weihnachten. Die Volkswirtschaftsregierung hat die Weihnachtsfeier und die damit verbundene Weihnachtsruhe in sämtlichen Behörden Sowjetrusslands verboten. Die Russen feierten bisher alle ihre Kirchenfeiern nach julianischem Kalender.

* Unsicherheit in New York. In New York haben sich in den letzten Wochen durchschnittlich täglich fünf Raubfälle auf offener Straße oder in Gebäuden, mehrfach sogar in Banken, ereignet. Die Polizei wurde um 600 Hilfspolizisten verstärkt. Die Summe der geraubten Geldbeträge geht in die Hunderttausende Dollar. Im Staate Texas, wo Raub, Einbrüche und Morde in Massen vorkommen, hat die amerikanische Regierung zum Schutze der Bürger eine Freiwilligen-truppe organisiert.

Büchertisch.

* Arthur Solitscher: „Ideale an Wochentagen“. Erich Reich Verlag. Kartoniert M. 12. „Von Idealen“, „Von Mägen“, „Von der menschlichen Gesellschaft“, „Für die Zukunft“, das sind die Überschriften der vier Abschnitte, aus denen das Buch besteht. Geradlinige Wahrheiten sind hier neben scheinbare Paradoxa gestellt, auf klare Beobachtung fundiert, — ein Gerüst, innerhalb dessen ein Leben erscheint, das ohne viele Mühe zu einem Grade der Vernunft und der Natürlichkeit gelangt ist.

Wasserstände.

Mitgeteilt von der Inspektion der Wasserbauverwaltung in Bydgoszcz am 12. Januar.

Pegel zu	Wasserstände		Tage	m	Tage	m	Gefallen um m	Gefallen um m
	Tag	m	Tag	m	Tag	m	Tag	m
Weichsel:								
Wischau.....	7.	2,20	10.	1,80	—	—	—	—
Thorn.....	11.	2,73	12.	2,78	—	—	—	—
Brähe:								
Schleuse 2 D.-Pegel...	11.	5,52	12.	5,80	—	—	—	—
Bromberg U.-Pegel...	11.	2,20	12.	2,24	—	—	—	—
Goplosee: Kruschwitz:								
Tiefgang der Oberbrücke an den Ziegeleien Czyszkowo und Ludwigshof beträgt 1,00 Meter.								

Hauptschiffleitung: Richard Contag, verantwortl. für den politischen Teil: Karl Hilliger, für den übrigen Teil: Johannes Ruse, für Anzeigen und Reklamen: E. Kallionned, Druck und Verlag von A. Dietmann & Co. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund“ Nr. 2.

Bekanntmachung.

Die Fortleitung der Versteigerung d. Marmelade in Aktien findet am 13. 1., vormittags 10 Uhr, bei der hiesigen Güterabfertigung statt.
Der Güterversteher Wagner.

Wöchentliches Gammel-Verkehr

Schneidemühl, Berlin, Hamburg, Breslau, Ostpreußen, Süddeutschland.

Anmeldungen erbitte in meinem Kontor
Danzigerstraße 131/132.
Telefon 15, 16, 17.

F. Wodtke

Expedition-Möbeltransport
Eigene Filialen: 11259
Berlin, Hamburg, Schneidemühl, Danzig.

Beiladung gesucht nach Erfurt. 957
Präz. Jäger, Kallertstr. 1.

A. Czwiklinski

Erstes Spezial-Bau für
Anfertigung von Wäsche aller Art
in bekannt guter Ausführung
Bettfedern und Daunenn
Inletts, Bettwäsche, fertige Betten.

Von der Reise zurück Dr. Meher, San.-Rat

Bei unserm Scheiden aus Bromberg n. Deutschland sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten ein
herzliches Lebemohl!
Gustav Spang u. Frau.

Achtung!

Die Dame, die am Sonnabend das Tischchen mit dem Oberbett mitnahm, wird ersucht, dasselbe wiederzubringen, da sonst, weil belästigt, Anzeige erfolgt.
Abn. 17, I. I.

Wer dressiert

8 monatigen Wolfshund auf Mann, Nacht eil. Spür usw. Ausführl. Angebote an Ansp. Dom. Rielbasinet bei Schwirzen, Torun. 1564

Gestern Abend Herrenhut

am Weltkriegsplatz vom Kopf gelogen. Wiederbringer erhält 100 Mk. Belohnung.
Otto Ansp. Restaurateur, Weltkriegsplatz 1.

Musikunterricht für Violine u. Blasinstrumente erteilt Kromart, Windmühlent. 3, II.

Für Apotheker und Drogerien

biene mit Offerten in:
Magnesia, Morphium, Salinlat u. and. Chemikalien
Dom Komisjny dla produktów rolnych.
Bydgoszcz Gdansk
J. Zygmanski
Import Export.
Nr. telefonu 592. 1536

Gesang-Bücher

In geschmackvollen, soliden Einbänden

A. Dittmann
S. m. b. H.
Schreibwaren-Haus

Sitzung des landw. Kreisvereins Bromberg (Kreisbauernverein)

am Donnerstag, den 20. Januar 1921, nachm. 2 1/2 Uhr
im Klubhaus, Danzigerstr. 134.
(Besondere Einladungen durch Postkarte erfolgen nicht mehr)

Tagesordnung:
1. Geschäftliches.
2. Berichtserstattung über Revisionen.
3. Vortrag des Herrn Hartmann, Bydgoszcz, über Torfgewinnung.
4. Aufnahme neuer Mitglieder.
Kallenthal-Skupowo, Vorsitzender.

Umzüge nach Deutschland sowie innerhalb Polens

erledigen prompt
C. HARTWIG
Akt.-Ges.
Abteilung Bydgoszcz
ul. Dworcowa 72 • ul. Gdańska 149.

Gehellod

empfehlen
Kreuz-Drogerie F. Bogacz,
Aröl, Jadwigi (Bikoria), 15
Festruß 1287.

Für frdl. Angabe des jehg. Wohnortes des früher hier wohnhaft gemessenen Herrn Oberstl. Manste gern entlassene Kosten. (1915)
G. Wodack, Bahnhofstr. 79.

2 Mon. alt, als eig. abzugeben. Anfr. u. N. 916 an die G. d. S.

Probier- und Frühstückstube Jnh. E. Materné, — Hermann Frankstr. 1 — empfehlen

Donnerstag, d. 13. Januar 1921,
von 6 Uhr ab:
I. Klafi.

Tanzfränzchen Donnerstag, 13. Jan. 1921, Anfang 6 Uhr.

Kristall-Palast Lichtspiele Danzigerstrasse

Nur 2 Tage!
Keine Verlängerung!
Reinhold Schünzel
Manja Tzatschewa
in
Liebe!

Drama in 5 gewaltigen Akten von hervorragendem Spiel, großer Spannung und Ausstattung. 1565
Außerdem
das gute Beiprogramm.
Berlin 6 und 8.15.

Deutsche Bühne. Bydgoszcz. (Clytium-Theater.)

Mittwoch, 12. Januar 1921,
abends 7 1/2 Uhr,
neu einstudiert,
Armut.

Ein Trauerspiel in 5 Akten von Anton Wildgans.
Zu dieser Vorstellung haben die Billette mit dem Datum 7. 1. 1921 Gültigkeit.

Donnerstag, 13. Januar 1921,
abends 6 Uhr,
zum 13. Male
Schneewittchen.

Freitag, 14. Januar 1921,
abends 7 1/2 Uhr,
zum 2. Male
Armut.

Trauerspiel von Wildgans
Die Bestung.
Golet (Schulz).
Sonnt. d. 16. d. M., n. 4 Uhr ab,
Tanzfränzchen
wogu ergebenst einladet 1565
Arana, Seebuch.

